

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen (SG/027/2011)

am Donnerstag, 9. Juni 2011,

16.00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr
Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Martin Seidel

CDU-Fraktion
Elke Fischer
Peter Krüger
Angelika Malberg
Silke Schöps

Fraktion DIE LINKE.
Katrin Mehlhorn

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Jens Hoffsommer
Gerit Thomas

SPD-Fraktion
Richard Kaniewski

FDP-Fraktion
Jens Genschmar

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion
Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder
Dr. Margot Gaitzsch

Vertretung für Herrn Hans-Jürgen Muskulus

Abwesend:

Fraktion DIE LINKE.
Hans-Jürgen Muskulus

Verwaltung:

Frau Möbius
Frau Scholz
Frau Haase
Herr Opitz
Frau Müller
Herr Hermann

Haupt- u. Personalamt
Sozialamt
GB5
GB5
Behindertenbeauftragte
Stadtplanungsamt

Schriftführer/-in:
Helga Hauptmann

OB 12

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | Geriatric-Konzept für die Stadt Dresden | A0185/10
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Nicht öffentlich

- | | | |
|-------------|--|---|
| 2 | Beförderung von Beamten | V1050/11
beratend |
| 3 | Rückwirkende Kostensatzveränderung zum 1. Januar 2011 im Übergangwohnheim Pillnitzer Landstraße 273. | V0973/11
beratend
(federführend) |
| 4 | Aussetzung Obergrenzen Kosten der Unterkunft (KdU) | A0375/11
beratend |
| 5 | Gerechte Kosten der Unterkunft und Heizung - schlüssiges Konzept für Dresden | A0374/11
beratend |
| 6 | Schlüssiges Konzept zur Ermittlung der Angemessenheit von Kosten der Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und § 29 SGB XII | A0385/11
beratend |
| 7 | Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch XII sowie für Wohngeld- und Kinderzuschlagbeziehende durch die Stadt Dresden | A0380/11
beratend |
| 8 | Einbeziehung aller Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, in den Berechtigtenkreis für das Bildungs- und Teilhabepaket | A0381/11
beratend |
| 9 | Aktionsplan der Landeshauptstadt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention | A0383/11
beratend |
| 10 | Gemeinsam lernen - Inklusion leben | A0377/11
beratend |
| 11 | Innenentwicklung fördern - Preiswertes Wohnen für Familien sichern | A0394/11
beratend |
| 12 | Informationen/Sonstiges | |
| 12.1 | Kosten der Unterkunft - Bericht zur Erstellung des schlüssigen Konzeptes | |
| 12.2 | Zwischeninformation zum Antrag A0151/10 'Konzept einer dezentralen Unterbringung von AsylbewerberInnen und Migrantinnen und Migranten für die Stadt Dresden' | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Bürgermeister Seidel stellt die Beschlussfähigkeit fest (10 von 11 Mitgliedern zu Beginn der Sitzung anwesend), eröffnet und leitet die Sitzung.

Die Einladung erfolgte form- und fristgemäß.

Zur Tagesordnung werden folgende Vertagungsanträge gestellt:

- Vertagung der Tagesordnungspunkte 9 und 10 durch die Einreicher.
- Anträge A0380/11 und A0381/11 vom Einreicher zurückgezogen

Herr Stadtrat Kaniewski beantragt eine Vertagung des TOP 3 (Nachtrag) - V0972/11 - bis ein Votum des Ausländerbeirates vorliegt.

Herr Bürgermeister Seidel gibt zu bedenken, dass dies kein Thema des Ausländerbeirats sei. Es gehe auch nicht um Belange, die mit Asylbewerbern oder Ausländern zu tun haben.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt fest, es sei die Beratungsfolge vorgegeben, die Stadträte hätten so entschieden.

Herr Bürgermeister Seidel erklärt, die Schwierigkeit bestehe darin, dass dies im Ausländerbeirat am 15. Juni 2011 insofern keine Rolle spielen werde, da es kein Thema des Ausländerbeirats sei. Es könnten nur Sachen in die Beiräte verwiesen werden, wofür diese auch zuständig seien, das sei das Problem. Die nunmehr eintretende weitere Verzögerung stelle für den Betreiber ein Problem dar, mit dem Risiko, dass dieser die Verträge kündige.

Der Antrag auf Vertagung des TOP 3 wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung: Zustimmung 6/0/4

1 Geriatrie-Konzept für die Stadt Dresden

**A0185/10
beschließend**

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch bringt den Antrag ein. Der Antrag habe zum einen den Hintergrund, dass es ein Geriatriekonzept des Landes gebe. Es gebe zwar einen Altenhilfeplan in der Stadt. Mit dem Geriatriekonzept sollte jedoch die Ganzheitlichkeit der Betrachtung des alternden Menschen in die Stadt hineingetragen werden, da viele Probleme der älteren Menschen nicht mehr nur in Krankenhäusern gelöst werden könnten, sondern viel mehr die Altenpflege und die gesamte Stadtgesellschaft betreffen, bis hin zu baulichen Aspekten. Dass es dazu durchaus Diskussionsbedarf gebe zeige auch das Votum des Beirates, der letztendlich nicht dagegen gestimmt habe. Sie habe sich im Nachhinein noch einmal mit mehreren Mitgliedern beraten, die ihr dann bestätigt hätten, dass sie das als einen wichtigen Beitrag sehen würden, sich aber in einem Punkt unsicher seien.

Die heutige Öffentlichkeit unterstütze die Entscheidung, dass dieses Thema zwar auch hier im Ausschuss diskutiert werden sollte, sie die Entscheidung aber gern in den Stadtrat heben möchten, weil es eben nicht nur ein Problem des Sozialausschusses sondern der gesamten Stadtgesellschaft sei.

Sie bittet um Änderung des Datums in das Jahr 2011.

Frau Stadträtin Köhler hat sich das Geriatriekonzept des Landes angesehen. Dieses beinhalte alle Dinge, die mit den Erkrankungen im Alter zusammenhängen.

Weiter beinhalte das Konzept Gesundheitsförderung, Vorbeugung, aktives Altern, Stadtentwicklung und altersgerechtes Wohnen. Alles andere gehe in Richtung Krankenhäuser. So erkläre sich auch das Votum des Seniorenbeirates, der aus ihrer Sicht den Antrag abgelehnt habe. Der Betriebsausschuss Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen habe sich zwar für nicht zuständig erklärt, sei jedoch ihrer Meinung nach zuständig, denn es gebe eine geriatrische Klinik im Krankenhaus Dresden-Neustadt, die auch erhalten werden sollte.

Sie werde aus folgendem Grund nicht zustimmen, erklärt **Frau Stadträtin Köhler**:

In der Stadt existiere der Bereich „offene Altenhilfe“ in dem sie selbst arbeite. Dort gebe es ein sehr gutes Konzept. Es gebe das Modellprojekt „Gesunde Stadt, gesundes Altern“ nach dem alle Seniorenbegegnungsstätten, die gefördert werden, angehalten sind zu arbeiten. Es gebe den ständigen Auftrag und die Schulung durch die Stadt, sich daran auszurichten, dass die Gesellschaft älter werde. Sie möchte nicht mit einem zusätzlichen Auftrag die Mitarbeiterinnen der offenen Altenhilfe noch weiter belasten, die jetzt schon kämpfen, um den Altenhilfeplan zu erstellen, der nach ihrer Meinung aus städtischer Sicht alles abdecke. Was hier im Antrag stehe, falle in die Zuständigkeit des Freistaates. Sie finde diesen Antrag aus diesem Grund unnötig für den Stadtrat.

Herr Stadtrat Genschmar stimmt Frau Köhler zu. Auch seine Fraktion werde diesen Antrag ablehnen. Es gehe deutlich hervor, dass der Fachbeirat diesen Antrag abgelehnt habe. Er denke, das Votum dieses Beirates, der gerade für solche Angelegenheiten in der Stadt Dresden installiert wurde, sollte ernst genommen werden.

Frau Stadträtin Malberg erklärt für ihre Fraktion, dass nach deren Meinung das Landesgeriatriekonzept völlig ausreichend sei. Hinsichtlich des Votums des Seniorenbeirates stimmt sie ihren Vorrednern zu.

Frau Stadträtin Mehlhorn nimmt Bezug auf das Geriatriekonzept des Landes. Bereits im Vorwort gehe es darum, flächendeckende Netzwerkstrukturen zur Geriatrie zu etablieren und Akteure einzuladen, sich am Aufbau dieser Netzwerke zu beteiligen. Was Frau Köhler gesagt habe sei zwar richtig. Aber es handle sich um ein allumfassendes Konzept, welches auch in die Wohnungswirtschaft ausstrahle.

Herrn Stadtrat Hoffsommer geht der Schritt etwas zu schnell zu sagen, wenn es ein Konzept des Landes gebe, müsse die Stadt nichts mehr tun. Wenn die Aufgaben der Kommunen auf zwei Seiten dargestellt seien, sei er auch der Auffassung, dass dies noch umfassender erarbeitet werden sollte. Man könne ein eigenes Geriatriekonzept erstellen. Er finde es sinnvoll, zu überlegen, welche Ergänzungen möglicherweise gemacht werden sollten. Wenn die Verwaltung sowieso daran arbeite und sich nach dem Geriatriekonzept des Landes richte, wovon er ausgehe, dürfte es keine Schwierigkeiten bereiten.

Frau Stadträtin Köhler erinnert noch einmal, dass es eine Fortschreibung des Altenhilfeplans gebe, in dem viele Dinge bereits abgedeckt sind, die die Kommune betreffen. Seitens des Seniorenbeirates habe es dazu viele Hinweise gegeben, sodass der Altenhilfeplan sich im Moment in der Überarbeitung befinde.

Fakt sei, es gebe

- einen Pflegestammtisch
- eine Kooperation mit den Pflegeberatern der Krankenkassen
- Demenzprojekte.

Alle diese Dinge seien in der Stadt vorhanden, sodass man mit diesem Antrag nicht noch einmal die Verwaltung beschäftigen müsse, zumal dieses Konzept weniger sein werde als der Altenhilfeplan. Sie gehe davon aus, dass der überarbeitete Altenhilfeplan diese Gesichtspunkte beinhalte.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch findet es schade, wie das Thema gerade hier in diesem Ausschuss diskutiert werde. Es gehe doch nicht darum, etwas zu kritisieren, was bereits an vie-

len Punkten geleistet werde. Natürlich werde bereits viel getan, aber es werde ein klarer Überblick darüber benötigt, wo die Stadt stehe und in welche Richtung es gehe. Das würde der Punkt a) des Antrags beantworten. Es gehe gerade in der Altenpflege bei dem Thema Demenz um Fälle, die eigentlich Krankheitsmerkmale aufweisen aber trotzdem nicht mehr im Krankenhaus versorgt werden, sondern teilweise zu Hause. Wenn dort ordentliche Verknüpfungen geschaffen würden, bis hin zum Wohnen, wäre viel geholfen.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt fest, es spreche Vieles für das Argument des Altenhilfeplans. Er schlägt deshalb als Kompromiss vor, das Thema Geriatrie im Rahmen des Altenhilfeplans genauer zu betrachten und könnte sich folgenden Beschluss vorstellen:

1. „Auf Grundlage des Geriatriekonzeptes des Freistaates Sachsen im Rahmen des Altenhilfeplanes der Landeshauptstadt Dresden den Schwerpunkt Geriatrie besonders zu betrachten. Dabei ist insbesondere darzustellen,...“

Frau Stadträtin Malberg möchte wissen, wie es zu dem Votum des Seniorenbeirates gekommen ist.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch war in der Sitzung des Seniorenbeirates. Hauptkritikpunkt sei tatsächlich der Altenhilfeplan gewesen, dass dort bereits vieles abgedeckt sei. Enthalten wurde sich auch mit Blick auf die Punkte b) und c). Was mit Vernetzung und dem Blick auf Bau und Wohnen zusammenhänge, sei ausdrücklich unterstützt worden. Sie möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass im Nachhinein mehrere Mitglieder zu ihr gekommen seien, die den Antrag eigentlich gut fanden.

Herr Bürgermeister Seidel möchte den Vorschlag von Herrn Hoffsommer aufgreifen. Der Senioren- und Altenhilfeplan befinde sich ja derzeit in der Überarbeitung. Seiner Ansicht nach mache es Sinn, beide Papiere nebeneinander zu legen um zu sehen, ob die Punkte enthalten sind. Insofern könnte er sich vorstellen, den Antrag zu vertagen bis sich der Ausschuss erneut mit dem Senioren- und Altenhilfeplan befasst.

Weiter müsse es eine Zielstellung der Stadt sein, einmal eine integrierte Sozialplanung in Dresden vorzulegen, die alle Personengruppen umfasse. Die Separierung nach bestimmten Personengruppen sei vor diesem strategischen Hintergrund nicht zielführend.

Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer : Auszeit von drei Minuten.

Abstimmung: mehrheitliche Zustimmung

Frau Stadträtin Gaitzsch stellt den Antrag auf Vertagung mit Blick auf das Argument, erst noch einmal genau in den in der Überarbeitung befindlichen Senioren- und Altenhilfeplan zu schauen.

Die weitere Beratung wird vertagt, bis der überarbeitete Senioren- und Altenhilfeplan im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung

Ja 6 Nein 5 Enthaltung 0

Martin Seidel
Vorsitzender

Helga Hauptmann
Schriftführerin

Silke Schöps
Stadträtin

Jens Hoffsommer
Stadtrat